

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

265 (14.11.1932)

Sozialdemokratie und Konkordat

G. Sch. Der Beschluß der Landtagsfraktion, beim Konkordat Stimmhaltung zu üben, hat naturgemäß Erörterungen ausgelöst. Die liberale Presse ist reichlich unzufrieden, die kommunistische ergreift geifernd und standhalternd die Gelegenheit, in gewohnt und gewollt infamer Verlogenheit gegen die Sozialdemokratie wegen eines angeblichen neuen „Verrats“ zu hetzen und die üblichen politischen Lumpereien gegen die Partei zu verüben. Aber auch die Zentrums- und die badische Presse, die badische Sozialdemokratie anders als die preussische Sozialdemokratie handeln will, die bekanntlich für das Konkordat gestimmt hat. Der „B. B.“ meint sogar, die badische Sozialdemokratie würde bei ihren Wählern wegen einer Zustimmung nicht auf die Widerstände stoßen, wie sie „an sich dort (in Preußen) verständlich waren“. Das dürfte ein Zertum des „B. B.“ sein, wie bereits die letzten Tage beweisen.

Einmütig hebt die Presse hervor, daß durch den Beschluß der Landtagsfraktion die Annahme des Konkordats gesichert sei. Enthielten sich von den insgesamt 88 Landtagsabgeordneten die 18 Sozialdemokraten der Stimme, verbleiben noch 70, wovon genau die Hälfte, also 35, dem Zentrum angehören. Die erforderliche einfache Mehrheit beträgt somit 36. Es braucht also nur ein einziger Abgeordneter aus den anderen bürgerlichen Parteien mit dem Zentrum zu stimmen, so ist das Konkordat angenommen. Man rechnet, daß der Evangelische Volksdienst mit dem Zentrum stimmen werde. Aber selbst wenn kein anderer bürgerlicher Abgeordneter mit dem Zentrum stimmen würde, die Partei also 35 zu 35 stehen sollte, kann der Landtagspräsident durch den Stichtscheid die Waage zugunsten des Konkordats lenken. Ob das Zentrum ein mit Hilfe des Stichtscheids angenommenes Konkordat für sich und die katholische Kirche als tragbar erachten würde, wissen wir nicht. Um eine ganz sichere Ablehnung des Konkordats herbeizuführen, müßten, falls alle Abgeordneten entweder mit Ja oder Nein stimmen, mit den 18 Sozialdemokraten mindestens noch 27 bürgerliche Abgeordnete stimmen. Wie sich nun die Abstimmung schließlich gestalten wird, muß abgewartet werden.

Innerhalb der badischen Sozialdemokratie hat der Beschluß der Landtagsfraktion außerordentlich lebhaft Diskussionen hervorgerufen, die auch in der nächsten Zeit noch anhalten dürften. Unter Freiburger Parteiorgan hält sich auch jetzt noch, wie während der ganzen Erörterungen über das Konkordat, eine geradezu leidenschaftlich geführte Opposition gegen das Konkordat (und nunmehr auch gegen den Beschluß der Landtagsfraktion) erschallt aus der Mannheimer „Vollstimme“. Wir geben an anderer Stelle ausführlich wieder, was der Chefredakteur der „Vollstimme“, Genosse Harpuder, sicher unter Zustimmung der Mehrheit der Mannheimer Genossen, die, ebenso wie die Karlsruher Genossen, in einer Parteiverammlung die Ablehnung des Konkordats durch die Landtagsfraktion gefordert haben, in der Samstagausgabe der „Vollstimme“ schreibt. (Zur Information für unsere Leser.)

Auch wir hätten es begrüßt, und wir haben es von Anfang an gefordert, wenn die Landtagsfraktion den Beschluß gefaßt hätte, das Konkordat abzulehnen, also dagegen zu stimmen. Wir haben, zumal nach der politischen und parlamentarischen Praxis der Sozialdemokratie seit der Staatsumwälzung, keine logenannanten grundsätzlichen Bedenken gegen den Abbruch eines Vertragswerkes mit den Kirchen, wir erachten aber aus allgemeinen politischen Erwägungen heraus in der jetzigen Situation die Zustimmung zu einem Konkordat für die Partei weder als ratsam noch tunlich. Die beschlossene Stimmhaltung ist zwar ein parlamentarischer und auch politischer durchaus erlaubter Ausweg, erzieulich ist sie, wie Stimmhaltung überhaupt, in keinem Fall. Die Landtagsfraktion hätte aber das Recht, unbeschadet wie immer man den Beschluß vom 24. Oktober auslegt, anders zu handeln, als es der Parteiausschuß beschlossen hat, denn nach einem Beschluß eines deutschen Parteitages liegt bei der parlamentarischen Vertretung die letzte Entscheidung beim Abschluß von Fragen, die im Parlament zur Erledigung gelangen. Es ist auch richtig, daß viele Teilnehmer an der Konferenz vom 24. Oktober bestimmt den Wunsch und das Ziel hatten, die Fraktion soll zur Ablehnung und nicht zur Stimmhaltung kommen. Aber die Formel, die „Zustimmung zu verlagern“, heißt nicht zwingend direkt abzulehnen, also mit Nein zu stimmen. Das nur nebenbei.

In hohem Maße bedeutsam und wichtig sind die Sätze in dem Artikel des Genossen Harpuder (weil sie offenbar der Auffassung der Mehrheit der Mannheimer Genossen entsprechen), die einen wesentlichen anderen Kurs in der badischen Koalitionspolitik fordern, der, wenn er nicht innerhalb der Koalition erreicht werden kann, dann außerhalb der Koalition gesucht werden müsse. Genosse Harpuder bezweifelt selbst, ob eine solche radikale Kursänderung innerhalb der badischen Koalition zu erreichen sein werde. Also: Beendigung der Koalition. Und zwar Beendigung der in Baden bestehenden Koalition durch die Sozialdemokratie. Darüber läßt sich natürlich reden, denn Koalitionen werden nicht für die Ewigkeit geschlossen.

Sollte die von der „Vollstimme“ vertretene Auffassung bereits Gemeingut der Mehrheit der badischen Sozialdemokratie sein, daß eine andere, ganz andere Politik in dieser Koalition“ von der Sozialdemokratie gefordert werden müsse, und „wenn dies im Rahmen der Koalition nicht möglich ist, es eben außerhalb des Rahmens der Koalition geschehen muß“, dann allerdings wäre die Stimmhaltung wohl in keiner Weise, auch nicht für die Mehrheit der Fraktion tragbar. Zum Schluß glauben wir aber sagen zu dürfen, daß es sicherlich für die Parteigenossen in Baden, erst recht für die Mitglieder des Parteiausschusses und der Landtagsfraktion von allergrößtem Interesse gewesen wäre, von der Mannheimer Barocke schon um die Mitte des Oktober etwas zu erfahren. Wir können nämlich nicht finden, so kritisch wir auch immer die allgemeine politische Situation im Reich und die in Baden betrachten, daß seit der zweiten Hälfte des Oktober bis zum 12. November für die Sozialdemokratie eine wesentlich andere politische Lage entstanden ist.

„Die Aufgabe der Badischen SPD.“

Zu dem Beschluß der Landtagsfraktion, sich beim Konkordat der Stimme zu enthalten, nimmt in der Samstagausgabe der Mannheimer „Vollstimme“ Gen. Harpuder u. a. wie folgt Stellung:

„Das Land Baden wird also in naher Frist mit einem Konkordat beklüdet werden und die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit wird dafür wenn auch keine direkte, so auf jeden Fall eine indirekte Miterantwortung zu tragen haben. Und von dieser Verantwortung wird sie nicht befreit werden durch den Hinweis, daß die sozialdemokratische Fraktion schon bisher in Kultustragen einen „neutralen Standpunkt“ eingenommen habe.

Das Konkordat ist keine bloße „Kultustrage“, sondern weit mehr: ein Staatsvertrag mit weitreichender Bedeutung und weitgehenden Konsequenzen, wie wir schon bisher mehrfach dargelegt haben und wie wir das auch heute nochmals an anderer Stelle zusammenfassen. Und die Fraktionsmehrheit wird ebenso gut wie wir und jeder wissen, daß es nicht heißt, einen „neutralen“ Standpunkt einnehmen, wenn man durch Stimmhaltung erst die Annahme des Konkordats möglich macht.

Das sind so einfache und selbstverständliche Dinge, daß man sie nicht erst aussprechen muß, um zu erkennen, daß sie nirgends und bei keinem als eine Deckung oder gar als eine Rechtfertigung der Fraktionsmehrheit angesehen werden und wir hoffen, daß diese auch sich selbst nicht über die Wirkung ihrer Handlungsweise im Unklaren sein wird. Sie kann dies um so weniger, als es bis in die letzten Tage hinein an Einwirkungen gegenüber der Fraktion nicht gefehlt hat.

Die Fraktionsmehrheit hat ihre Entscheidung getroffen nicht nur im Wiederpruch zum Sinn und Zweck des Karlsruher Beschlusses vom 24. Oktober, nicht nur im Wiederpruch mit der ganz eindeutigen Tendenz der Aussprüche zu seinem Wortlaut, der nicht sagt, die Fraktion dürfe den Konkordaten nur „nicht zustimmen“, sondern ausdrücklich, daß sie die Zustimmung zu „verlagern“ hat, „verlagern“ heißt „verlagern“ und keine Auslegungsvorläufe können dieser Formulierung ihren Sinn nehmen.

Die Fraktionsmehrheit hat aber auch ihre Entscheidung getroffen trotz den Mahnungen der Presse, trotz den Protesten von Ritualschäfer, so der Mannheimer, und trotzdem noch am Montag dieser Woche der Landesvorstand noch einmal in einem an Klarheit und Eindeutigkeit nichts zu mündigen überlauten Schreiben an die Fraktion den Sinn und Zweck des Beschlusses vom 24. Oktober dargelegt und entsprechend diesem Beschluß, aber auch um eine weitere Ergrünerung des Vertrauens zur Fraktion hinanzubringen, in

schärfster Formulierung, die offene Ablehnung der Konkordate verlangt hat.

Die Fraktionsmehrheit, deren Führer sich durch frühere Schritte seiner Vorgänger, aber auch und noch mehr durch seine eigenen Verhandlungen — vor denen er übrigens (sowohl durch die Stellungnahme in der Presse wie auch durch weit über ein Jahr zurückliegende Schreiben des Landesvorstandes gewarnt worden war — koalitionsgebunden hält und die auch sich selbst durch die Haltung ihres Führers fraktionsgebunden glaubt, hat all diesen rechtsseitigen und zum Teil in einem sehr frühen Stadium erfolgten Einwirkungen kein Gehör geschenkt und sie wird deshalb wissen, daß damit

nicht die Partei als Ganzes, nicht ihre Presse, erst recht nicht die leitenden Instanzen der badischen Partei, sondern ganz allein die Fraktionsmehrheit die Verantwortung für das Konkordat und die daraus erwachsende Mißstimmung und deren Folgen zu tragen hat und haben wird.

Die Partei und ihre Führung wie auch ihre Presse haben, wenn je dann diesmal, alles getan, was in ihrer Macht stand, und haben alle ihr statutarisch zugehörigen Möglichkeiten bis aufs äußerste erschöpft: Die letzte Entscheidung aber lag entsprechend einem Beschluß des Berliner Parteitages allein bei der Fraktion und damit liegt auch die Verantwortung für diese ihre Entscheidung allein bei der Fraktionsmehrheit.

Der Konflikt, der sich hier ausgetan hat, ist ein Konflikt, der sich aus der Koalitionsgebundenheit der Fraktionsmehrheit einerseits und dem absoluten und durch die Entwicklung der letzten Zeit besonders erhöhten Bedürfnis der Gesamtpartei nach größerer Bewegungsfreiheit, größerer Selbständigkeit und schärferer Abgrenzung gegen andere Parteien andererseits automatisch ergeben mußte und nun, nach langem Schwelen, offen zum Ausdruck gekommen ist.

Sie liegt die große Aufgabe, die die gegenwärtige Stunde der gesamten deutschen Sozialdemokratie, und in ihrem Rahmen der badischen Sozialdemokratie, diktiert: sie besteht darin, sich mit größtmöglicher Umsicht auf die neue Linie und die neuen Aufgaben vorzubereiten, in Baden haben wir diesen Ausblick zwischen den neuen Aufgaben und den bisherigen fest zu halten und bewahren zu müssen. Dies braucht keine unmittelbare Aufgabe der Koalition von unserer Seite zu bedeuten, bedeuten aber muß es auf jeden Fall eine andere, ganz andere Politik in dieser Koalition; die Frage ist nur, ob und inwieweit dies praktisch möglich sein wird; keine Frage aber ist es, daß, wenn dies im Rahmen der Koalition nicht möglich ist, es eben außerhalb des Rahmens der Koalition geschehen muß.

Der Landesvorstand der SPD. gegen die Fraktionsmehrheit

Der nebenstehende Artikel war geschrieben, ehe uns der Beschluß zu Gesicht kam, den der Landesvorstand in Mannheim in seiner Sitzung am Samstag gefaßt hat. Hier der Wortlaut:

An die badische Sozialdemokratie!

Die Landtagsfraktion gibt durch die Presse bekannt, daß sie sich bei der Abstimmung über das Konkordat mit der katholischen Kirche der Stimme enthalten will. Damit übernehmen die an der Abstimmung teilnehmenden Fraktionsmitglieder die alleinige Verantwortung dafür, daß evtl. das Konkordat durch ihre Stimmhaltung zur Annahme gelangt. Diese Haltung entspricht aber nicht dem Willen der absoluten Mehrheit der badischen Sozialdemokratie. Die Mehrheit der badischen Parteimitglieder wünscht eine positive Abstimmung der Fraktion, d. h. die Ablehnung des Konkordats. Eine Mehrheit in der Fraktion setzt sich also bewußt und vorläufig in direktem Gegensatz zur Parteimehrheit.

Landesvorstand und Parteiausschuß haben alle statutarischen Mittel in Anwendung gebracht, um die Fraktionsmehrheit von der parteiisidigenden Einstellung abzurufen. Nach dem Beschluß des Berliner Parteitages von 1924 liegt die letzte Entscheidung bei der jeweiligen Landtagsfraktion. Der Landesvorstand kann leider den Beschluß nicht aufheben. Er steht aber nicht an, in aller Deutlichkeit zu erklären, daß er die Einstellung der Fraktion für falsch und parteiisidigend hält. Der Landesvorstand ermahnt die Fraktion nochmals in letzter Stunde, die Wahrung des Willens der Parteimehrheit anzugehen und sich auf eine Linie mit der Gesamtmittelschaft Badens zu stellen.

Das Verlangen des Volkes nach Arbeit, Freiheit und Brot und nicht nach dem Abschluß von Kirchenverträgen.

Der Landesvorstand

Reinhold, 1. Vorsitzender, Zimmermann, 2. Vorsitzender, Düledau, Kraft, Kramer, Köbele, Käthe Margenan, Roth, Trumppfeller, Wöhrer.

Dieser Beschluß des Landesvorstandes und seine Veröffentlichung bringt die Mehrheit der Landtagsfraktion, die die Stimmhaltung zum Konkordat beschloß, schon deshalb in eine völlig unhaltbare Lage, weil der Landesvorstand, gegen die Fraktionsmehrheit den außerordentlich schweren Vorwurf des „parteiisidigenden“ Verhaltens erhebt. Wir machen uns diesen Vorwurf nicht zu eigen, denn die ganze Entwicklungsgeschichte der Konkordatsfrage hat einen Verlauf genommen, und die Fraktion ist aus Motiven heraus zu ihrer Stimmhaltung gekommen, die bei Beurteilung ihrer Stellungnahme doch wirklich eine ruhige Sprache verdient. Wir hätten es deshalb lieber gesehen, wenn der Landesvorstand einen solchen schweren Vorwurf gegen die Fraktionsmehrheit nicht öffentlich erhoben hätte.

G. Sch.

Tagesschau

Dublin, 13. Nov. Bei Zusammenkünften in Dublin im Laufe des Freitags wurden mehr als 40 Personen verlegt, darunter etwa zehn Frauen.

Leipzig, 13. Nov. In der Nacht zum Sonntag kam es in zwei Vororten von Leipzig zu Zusammenstößen zwischen Angehörigen der Eisernen Front, Kommunisten und Nationalsozialisten, wobei mehrere Personen durch Messerhiebe verletzt wurden.

Gen. Berlin, 13. Nov. Nach einer Meldung des „Montag“ hat Reichskanzler v. Papen am Sonntagabend den deutschen nationalen Parteiführer Dr. Hugenberg zu einer längeren Besprechung empfangen.

Beschawar, 13. Nov. (Reuters). Der frühere Kriegsminister unter der Regierung Amanullah, General Ghulam Nabi Khan, der eine hervorragende Rolle spielte, ist, wie aus Kabul berichtet wird, in Kabul hingerichtet worden.

Große Einsturzkatastroph in Warschau

Warschau, 13. Nov. Im Norden der Stadt hat sich heute eine gewaltige Einsturzkatastroph ereignet, die 18 Todesopfer gefordert hat.

Die Katastroph spielte sich heute früh um 6 Uhr ab. Verschiedene Umstände wirkten zusammen, um ihr Ausmaß so riesigartig zu gestalten. Das Gebäude, das einstürzte, beherbergte eine Brauerei, die dort ihre großen Soffenmöbel einlagerte hatten. Daneben stand ein kleines Wohnhaus aus Holz. Das Brauereigebäude ist alt und baufällig gewesen; dem gewaltigen Druck der Soffenmöbel haben die mürben und teilweise schon brüchigen Wände nicht mehr standgehalten. Der Einsturz erfolgte unter ungleichem Gebrö. Die Stein- und Ziegeltrümmer führten auf das Wohnhaus, das vollständig begraben wurde. Zwar ist sofort Hilfe zur Stelle gewesen. Sie konnten nur 18 Personen tot unter den Trümmern bergen, 38 Bewohner beherbergte das Haus.

Einer späteren Meldung zufolge gelang es den hiesigen Rettungsanstrengungen der Rettungsmannschaft, außer den 18 Toten und den Trümmern des eingestürzten Brauereigebäudes noch die übrigen 20 Bewohner des Hauses zu bergen, die alle mehr oder minder schwer verletzt sind.

Handgranatenanschläge und Nazibonzenwirtschaft

Sambura, 12. Nov. (AP). In dem Prozeß gegen die 40 SS-Deute aus Schleswig-Holstein vor dem Altonaer Sondergericht, um allergrößtem Interesse die Vernehmung des Schiffszweckers Lohse aus Rendsburg, der bis zum 15. August 1932 der Führer des SS-Sturmabteilung 11/4 war. Lohse soll bei den Vorbereitungen über die Attentate und auch seine SS-Deute vor jeder Unannehmlichkeit gewarnt haben. Tatsächlich kamen in seinem Bezirk keine Handgranatenanschläge zur Ausführung. Lohse wurde seines Amtes enthoben. Bei den beschlagnahmten Akten befand sich ein Sonderbefehl der IV. SS-Standarte vom 15. August 1932, der den Führer und Reichstagsabgeordneten Mober unterzeichnet ist. Darin wird mitgeteilt, daß Lohse seiner Dienststellung enthoben und gleichseitig aus der Liste der SS gestrichen sei.

Der Jung-Thomasen hilft zunächst das Gericht, etwas über die Motive seiner Aussagen, die er aus genauester Kenntnis der Dinge mache, lazen zu dürfen. Er führte aus: „Von 1921 bis 1926 machte ich zum Freikorps Röhbar und kam dann zur SS. Ich hörte über Enttäuschungen. Die Arbeiter wurden immer nur als Stimmvieh behandelt und Standardenführer Mober erklärte selbst einmal: die Handarbeiter sind nicht fähig zum Führen. Sie müssen nur beordern.“ Die SS- und SA-Leute müßten immer die Handarbeiter an dem Feuer holen und sich die Knochen kaputt schlagen lassen, während die Führer sich im Hintergrunde zu halten müßten. (An dieser Stelle unterbricht der nationalsozialistische Berichterstatter den Zeugen und macht das Gericht darauf aufmerksam, daß diese Dinge nicht zur Verhandlung gehören.) Das Gericht bittet den Zeugen aber, fortzufahren. Er weist dann weiter darauf hin, daß in der ganzen nationalsozialistischen Bewegung eine Bonzenwirtschaft herrsche. Er selbst habe mit zahlreichen Beschwerden über Mißstände nichts erreicht. Aus diesem Grunde habe er sich entschlossen, selbst die Wahrheit zu sagen. Einmaligen sei er auch aus der SS ausgeschlossen worden. Einer anderen politischen Partei gehöre er nicht an. Er wolle von der Politik nichts mehr wissen.

Nationalfeiertag in Oesterreich

Empfänge beim Bundesrat
Wien, 13. Nov. Anlässlich des Nationalfeiertages zur Erinnerung an die Revolution vom Jahre 1918 fanden heute beim Bundespräsidenten Empfänge des Präsidiums des Nationalrates, sowie des Bundesrates und der Bundesregierungen, sowie des diplomatischen Korps statt. Der Präsident des Nationalrates, Gen. Dr. Krenner, erklärte in seiner Ansprache an den Bundespräsidenten, daß Volkswohl und Volkseinigkeit oberster Grundzahn bleiben müßten, daß jedoch das Vertrauen in die Entscheidungsfähigkeit der Gerichte noch sehr der Berücksichtigung bedürfte. Als weiteres Ziel bezeichnete Dr. Krenner die Festigung von den Freiheiten des unter einheitlichem Diktat geschlossenen Vertrages von St. Germain. Noch schließend betonte Dr. Krenner, daß die Möglichkeit des freien und ungehinderten Wirtschaftsverkehrs mit seinen Nachbarstaaten. Die Lösung dieser Frage werde für Oesterreich von Jahr zu Jahr mehr und mehr eine Erstfrage.

Freistaat Baden

Wie wählten die Frauen?

Infolge der immer mehr steigenden Kosten der Gemeindefürsorge und der höheren Kosten, die eine getrennte Abstimmung nach Geschlechtern bei Wahlen verursacht, gibt es nur noch wenige Orte, in denen für Männer und Frauen getrennt abgestimmt wird.

In Baden ist bis jetzt nur der Ort Demsbach bei Weinheim bekannt geworden, in dem Männer und Frauen getrennt abstimmen; Demsbach ist ein größerer Ort an der Bergstraße, der gleichmäßig mit Arbeiterkraft und Landwirten durchsetzt ist. Die getrennte Abstimmung ergab nun sehr interessante und lehrreiche Bilder. Die Gesamtstimmung betrug 84,43 Prozent. Beachtlich ist aber, daß nahezu 20 Prozent mehr Männer zur Wahl gingen wie Frauen. Die Wahlbeteiligung der Männer betrug nämlich 93,12 Prozent, jene der Frauen aber nur 76,10 Prozent. Auf die einzelnen Parteien, wobei aber nur die größeren Parteien berücksichtigt werden, entfielen Männer- und Frauenstimmen: NSDAP. 235 Männer- und 203 Frauenstimmen. Mit Hilfe der Frauen wurde die härteste und ausgeprochenste Gegnerin der politischen Gleichberechtigung der Frau zur stärksten Partei im Orte. Die SPD. erhielt 242 Männer- und 199 Frauenstimmen. Es stimmten also 60 Frauen weniger wie Männer für die Partei, der allein sie es zu verdanken haben, daß sie überhaupt wählen dürfen. Für das Zentrum stimmten 119 Männer und 163 Frauen, die alte Befähigung, daß das Zentrum die größte Nummerierten des Frauenwahlrechts ist. Die Deutschnationalen erhielten 8 bzw. 7 Stimmen, die Deutsche Volkspartei 2 bzw. 4, die Staatspartei 30 bzw. 26, der Evangelische Volksdienst 11 bzw. 12 Stimmen.

Bei den Männern, das kann man aus dieser Gegenüberstellung feststellen, haben die Nazis bereits ausgepielt, denn die Männerstimmen der Nazis überwiegen jene der NSDAP. um 7, dagegen besaßen die Nazis 10 Frauenstimmen mehr auf wie die Sozialdemokratie. Bei aller sonstiger Höflichkeit dem weiblichen Geschlecht gegenüber, kann man angesichts solcher Verlesung der Frauen einer Partei gegenüber, die ihre größte Feindin ist, den Frauen wirklich kein Kompliment machen.

Überfüllter Lehramtsberuf

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Bei der bestehenden Überfüllung wird auch an Ostern 1933 die Ausschreibung für die Anwartschaft auf Anstellungen im öffentlichen und hundertfünftel Lehramt in Baden zu erlangen, nicht eröffnet werden.

Zweimal für Adolf gestorben

Zum 9. November veröffentlichte die NSDAP-Presse, der „Führer“ und auch das Mannheimer „Badenfreisblatt“ eine Totenliste der NSDAP, wozu wir bereits kritisch Stellung nahmen. Die Mannheimer „Volkstimme“ ist in der Lage, diese Totenliste nach einer anderen Seite hin wie folgt zu ergänzen, indem sie mitteilt:

„Wie leidenschaftlich die Liste zusammengestellt wurde, erhellt nicht nur daraus, daß man die Judenräster Barwick und Sambücker als leuchtende Vorbilder edlen Menschentums hinstellt, sondern auch, daß man einen anderen SA-Mann zweimal für den großen Adolf sein Leben auszuhauchen läßt. Es ist Gustav Kammerer aus Wiesloch in Baden, der nach der Liste sowohl am 16. Januar 1932 wie auch am 11. Januar 1933 gestorben ist. Der Mann muß ein besonders hartnäckiger Märitzer gewesen sein.

Stattdessen fehlen in der Liste nicht die Namen jener, die am 9. November 1923 in München an der Feldherrnhalle für den „Führer“ ihr Leben ließen. Was würden sie wohl sagen, wenn sie heute lebend wären und die Liste lesen könnten, in der der Name des Mannes fehlt, der am 8. November 1923 im Bierbrauereifabrik in München patetisch erklärte:

„Wenn ich nicht morgen nachmittags Sieger bin, bin ich ein toter Mann!“

Man sollte später führt Hitler immer noch die „deutsche Freiheitsbewegung“. Wieviel Dummheit muß in dieser Bewegung doch verankert sein, daß man ihr diese Listen und diesen Führer immer wieder vorschieben mag!“

Sitzung des Kreiswahlausschusses

Der Kreiswahlausschuß für den 32. Reichstagswahlkreis Baden hielt Samstag vormittag im großen Sitzungssaal des Ministeriums des Innern unter dem Vorsitz des Kreiswahlleiters, Oberregierungsrat Wals, eine Sitzung ab, um das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 6. November endgültig festzustellen. Es ergaben sich gegenüber den vorläufig mitgeteilten Werten nur ganz geringe Abweichungen, und die Namen der Gewählten sind die bereits veröffentlichten. Vorgebrachte Beanstandungen ändern nichts an dem Ergebnis. In Mannheim wurden in drei Wahllokalen aus Versehen alle Stimmzettel, die sich auf alle Parteien bezogen, verteilt. Die so abgegebenen 23 Stimmen wurden für ungültig erklärt.

Soziale Rundschau

Erlaß über die Kriegsfürsorge

Der Reichsarbeitsminister hat einen Erlaß des Reichsarbeitsministers über die Unterstützungsdauer in der Kriegsfürsorge für Arbeitslose. Hiernach wird angeordnet, daß in der Zeit vom 28. November 1932 bis 31. März 1933 die Kriegsfürsorge nicht dadurch ausgeschlossen wird, daß der Arbeitslose während dieses Zeitraumes die höchste Unterstützungsdauer erreicht.

Schindluderspiel der Nazis

Mit armen Reichsbahnarbeitern

Am 4. November 1932 erschien im „Führer“ ein Artikel: „30 Prozent Rentenkürzung bei den Reichsbahnarbeiterpensionisten, trotzdem Beitragserhöhung. Verrat des roten Einheitsverbandes“. Der Zweck heißt bekanntlich das Mittel. Man wollte noch einige Eisenbahner für die Naziliste fähren.

Wir würden auf das Gefährliche nicht näher eingehen, wenn darin nicht eine Reihe aus gemeiner Verleumdungen gegenüber den Vorstandsmitgliedern der Reichsbahnarbeiterpensionisten enthalten wäre. Die „sünderliche Seite“, wie der „Führer“ schrieb, ist in der Person eines Nazi-Oberinspektors bei der Reichsbahn zu suchen, der in der Lage wäre, die Angelegenheit objektiv zu beurteilen und außerdem die Tätigkeit der Vorstandsmitglieder aus persönlicher Erfahrung kennt. Was ist vorgegangen? Infolge Umbau, Lohnkürzungen und die Beitragsentnahmen in den letzten Jahren auch bei der Reichsbahn-Arbeiterpensionisten immer mehr gekunken. Auf der anderen Seite ist die Rentenkasse seit 1924 um um das Sechsfache gestiegen.

Das Vermögen ging durch die Inflation fast, fast verloren. Das alles weiß der Nazi-Oberinspektor, aber die Wahrheit war dem Vorstandsmitglied nicht. „roten“ Vorstandsmitglieder alles perjurisch um die Kassen zu lancieren. Leider war weder die Reichsbahnverwaltung noch das Reich oder sonst eine Seite gewillt, die notwendigen Millionen herzugeben. Endlich hat der Verwaltungsrat der Reichsbahn zu der Angelegenheit Stellung genommen und dem Vorstand der Reichsbahnarbeiterpensionisten eine Denkschrift unterbreitet. Diese Denkschrift war in der vorliegenden Form für die Versicherungsvertreter untragbar. Die Reichsbahnverwaltung ließ erklären, daß bei Nichtannahme ihrer Anträge für sie die Sache erledigt und sie niemand zwingen könne, mehr als die schuldigen Leistungen auszubringen. Nach dem Plan der Verwaltung sollten neben sonstigen einzuhebenden Maßnahmen die Rentenkürzungen um 40 Prozent gekürzt werden. Außerdem sollte für die neuangestellten Arbeiter eine neue Pensionistenkategorie geschaffen werden. Dies hätte zur Folge, daß die derzeitigen Pensionisten zum Tode verurteilt, und die neue Klasse erst nach Jahrzehnten leistungsfähig geworden wäre. Dies haben die Versicherungsvertreter abgelehnt.

Sie haben mit allen Mitteln versucht, ein Resultat zu erzielen, das für die Mitglieder noch tragbar erschien und eine Sicherung der, wenn auch gekürzten Rentenkürzungen auf Jahre hinaus gewährleistet. Die derzeitigen Renten sollen nun um weitere 16 Prozent gekürzt werden, so daß diese mit den bereits um 14 Prozent gekürzten Renten 30 Prozent gekürzt sind. Der Beitrag sollte um 15 Prozent erhöht werden. Dies bedingt im Durchschnitt eine Erhöhung der Beiträge um 10 bis 12 Prozent für das Mittelalter, während die Verwaltung, die zwei Drittel zu leisten hat, ein Mehr von jährlich etwa 4,5 Millionen auszubringen hat. Das die Verwaltung heute in der Pensionistenkategorie zwei Drittel gegenüber früher die Hälfte der Beiträge zu entrichten hat, ist ebenfalls ein Erfolg der „roten“ Einheitsverbände. Außerdem wird die Verwaltung die Beamtenrentenliste künftig übernehmen, die bei der preußisch-hessischen Klasse 5,5 Millionen und bei der baltischen Klasse 97 000 im Jahre 1932 betrug. Wenn wir diese Zahlen künftig betrachten, so ist dies nach Ansicht des zuverlässigen Naziberichterstatters ebenfalls ein Verrat an den Arbeitern.

Es geht um Sein oder Nichtsein der Pensionisten. Die preußische Klasse, die über drei Viertel aller Mitglieder umfaßt, schließt mit rund 10 Millionen Mark Defizit im Jahre 1932 ab. Ebenso schließt unsere baltische Klasse mit einem ganz erheblichen Defizit ab. Der „Führer“-Berichterstatter weiß hierin doch sehr gut Bescheid, umso mehr, als er selbst die Entwicklung der Klasse Schwarzschwarzer malte.

Hätten wir uns auf den Standpunkt gestellt, alles oder nichts, so wären in einigen Jahren die Rentenzahlungen aus eingestell worden und die Eisenbahner hätten ihre jahrelange gesalbten Beiträge umsonst geleistet gehabt.

Was haben denn die Nationalsozialisten auf dem Gebiete der Sozialversicherung geleistet? — Nichts! Es ist aber notwendig, weiteren Volkstreffen ein Spiegelbild über den erschreckenden tatsächlichen Tiefstand der Nazi zu geben. Der Nazi-Schriftsteller Ernst Mann hat im Verlag von Gerhard Hofmann in Weimar ein Buch, betitelt „Die Moral der Kraft“ herausgegeben. Dieses „Kulturwerk“ allediert sich in neun Geboten. Im ersten heißt es:

„Wenn das Leben nicht lebenswert erscheint, mer es als unerträgliche Last empfindet, mer nicht Kraft und Gesundheit in sich fühlt, der scheide aus dem menschlichen Dasein aus. Sind wir Menschen ohne unseren Willen in dieses Dasein gekommen, so steht es doch jedem frei, sich den Tod zu geben.“

Welch blutiger Hohn liegt doch in diesen Worten. Aus dem achten „Gebot“ wollen wir die wichtigsten Aussagen folgen lassen:

„Schwächlinge und Kranke bilden die größte Gefahr für die Entwicklung der Menschheit. Für jedes aufwärts strebende Volk ist es eine unbedingte, nicht zu umgehende Notwendigkeit, alle Schwächlinge und Kranken, deren Krankheit chronisch ist, zu vernichten. Wer dauernd unfähig bleibt vollwertige Arbeit zu leisten, alle seine Glieder und Sinne frei zu gebrauchen, soll aus dem Leben scheiden.“

Also, nun wißt ihr es, ihr Krüppel und Invaliden, Kranke und Schwächlinge, wenn ihr ein Leben voll schwerer Arbeit von Not und Elend hinter euch habt und nicht mehr im Stande seid, weiter zu arbeiten, so sollt ihr nicht einmal die ohnehin kümmerliche Invalidenrente erhalten.

Aber es kommt noch besser. Es heißt in diesem „Gebot“ weiter:

„Auch derjenige, welcher sich infolge seiner Tapferkeit, im Kampf für das Allgemeinwohl, eine schwere Verletzung oder Krankheit zugezogen hat, auch dieser hat kein Recht, sich seinen Mitmenschen als Krüppel oder Kranke zur Last zu legen. War er tapfer genug seine Gesundheit, sein Leben im Kampf auf das Spiel zu setzen, so soll er auch die letzte Tapferkeit besitzen, den wertlosen Rest seines Lebens selbst zu enden.“

Also, ihr gesamten Kriegsveteranen, die ihr eure Gesundheit ganz oder teilweise für das Vaterland geopfert habt, untersteht euch nicht, weitere Anträge zu stellen.

Doch leben wir die nächste Stillblüte dieses herrlichen „Kulturwerkes“ an:

„Selbstmord ist die einzige Seldentat, die Kränklingen und Schwächlingen übrig bleibt.“

Im neunten „Gebot“ heißt es:

„Der Staat forgt streng für Vernichtung aller Schwächlinge und Kränklinge. Auf lächerlichen Kontrollverfahren ist der Gesundheitszustand des ganzen Volkes zu prüfen, die Schwachen und Kranken auszuscheiden und zu vernichten.“

Diese Sätze predigen nichts mehr und nichts weniger als den millionenfachen Massenmord aller Krüppel, Kranken und Schwachen. So leben die Anhänger jener Kreise aus, die einen Staat in einen „Kulturstaat“ nach ihrem Sinn umwandeln wollen. Nord und Blutvergießen allen denen, die ihr Leben, ihre Gesundheit im Dienst der Allgemeinheit geopfert haben. Das ist die Parole jener Kulturförderer.

Der Nazi-Abgeordnete Wagner in München hat erklärt:

„Die Sozialversicherung ist eine der größten Erpressungen an den Volkstenden.“

In der 31. Sitzung des Bad. Landtags vom 20. Februar 1932 führte der Naziabgeordnete Wert u. a. aus:

„Es ist nicht angebracht, daß wir für unheilbare Krüppel, Kranke und Sieche Millionen von Mark aus der Allgemeinheit herausnehmen.“

Wo bleibt hier das soziale Mitgefühl der Nazi-Aspiranten?

Den Gipfel der Dreistaffel erreicht die zuverlässige Naziberichterstatter mit der Behauptung, daß die Beiträge der Mitglieder dazu dienen, damit die Vorstandsmitglieder und Gewerkschaftsbeamten ihre Pöschchen halten können.

Die Gewerkschaften haben mit den Beiträgen der VPK überhaupt nichts zu tun, wohl aber legen sie sich dafür ein, daß den Vermögern der Armen den Invalidenrenten die Möglichkeit gemacht wird.

Die Vorstandsmitglieder der VPK, bekleiden ihre Ämter ehrenamtlich. Bei Sitzungen erhalten sie, wenn sie von auswärts kommen, eine so minimale Entschädigung, die kaum zur Bekleidung des notwendigen Unterhalts ausreicht. Sie zu sieben Stunden wird überhaupt nichts gewährt.

Vielleicht es nach Auffassung des Naziberichterstatters anständig, wenn, wie es in Radolfzell vorgekommen ist, auf Kosten der Reichsbahnbetriebskrankenkasse das ärztliche Zeugnis für die Aufnahme in die Nazi-SS zu bekommen. Vielleicht haben auch schon in anderen Fällen die Beitragszahler die Kosten für den militärischen Klimbim der Nazi bezahlen müssen. Der Naziberichterstatter weiß genau, welchen erbitterten Kampf die Vorstandsmitglieder und Einheitsverbände geführt haben, um die Anwartschaft auf die Rente aus der Abteilung P für die ausgeschiedenen Eisenbahner aufrecht zu erhalten. Fast steht, daß die Vorstandsmitglieder und Einheitsverbände die Erhaltung der Anwartschaft bis zum Jahr 1928 durchgekämpft hatten. Der Naziberichterstatter weiß sehr wohl, daß die Versicherungsvertreter in der Pensionistenkategorie keine Mehrheit haben um die berechtigten Forderungen durchzusetzen. Es ist eine Verleumdung wenn der Naziberichterstatter behauptet, daß belanglose Anträge gestellt wurden, die von der Verwaltung abgelehnt worden seien. Der Naziberichterstatter bezeichnet also den Antrag auf Aufrechterhaltung der Anwartschaft als belanglos. Damit hat der Berichterstatter die Absicht seiner Demagogie selbst beseuert.

Wir bezeichnen es nicht als belanglos, wenn für 11, und Uebergangszentren wieder 3 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Die armen Rentempfangen beziehen nicht das Einkommen eines Oberinspektors, sie brauchen leider die Unterstützung notwendig.

Am Schluß läßt dann der Naziberichterstatter seine wahre Absicht erkennen und es heißt:

„Deshalb heraus aus dem verräterischen Einheitsverband, gebt die richtige Antwort, wählt Nazi.“

Würden die Eisenbahner diesen Rat befolgen, dann müßte man ihnen sagen: „Nur die allergrößten Käber wählen ihre Mecker selber.“

Die Vorstandsmitglieder und Ausschußvertreter der VPK haben leberselt ihren Mann gestanden, das beweißen die Niederschriften von den jeweiligen Verhandlungen. Vielleicht ist der unabhängige Berichterstatter des „Führers“ so freundlich und veröffentlicht auch die Niederschriften von den Verhandlungen in Bonnberg, damit „der Verrat der roten Vönsen“ restlos zu Tage gefördert wird.

Die Vorstandsmitglieder im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands der Reichsbahnarbeiterpensionenkasse



Wo man hinkommt, gibt es „Saba“

„Saba ohne“ schmeckt zu gut; deshalb ist jede Packung immer viel zu schnell zu Ende. Aber überall, zu jeder Stunde wartet die nächste stets frisch auf Sie.



Potsdamer Regime

Parteiuch-Politik der Kache gegen republikanische Beamte

Zum neuesten Streich der Papen-Bracht gegen die republikanische Verwaltung in Preußen wird uns vom S.P. geschrieben:

„Zweite Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung“ nennt sich der neue Bracht-Erlass des preußischen Staatskommissars. Mit einem einzigen Federstrich werden in der preußischen Zentralverwaltung nicht weniger als 140 Referate aufgehoben, um die geschäftliche Betätigung in den Ministerien einzuschränken, Straffer zu gliedern. „Alles zu dem Zweck: „Geld zu sparen!“

Voll Bewunderung über diesen Sparsinn einer höheren kommissarischen Obrigkeit wird der brave Bürger ausrechnen, daß damit auch 140 höhere preußische Beamte entlassen werden sind. Weit geschickt! Der amtliche preußische Pressedienst verdrückt zunächst im linken Auge eine Träne des Kummers über die wirtschaftliche Härte und das schwere Los, das die Entlassenen und ihre Familien betroffen habe. Das rechte Auge des Kommissars erzählt aber freudestrahlend, glücklicherweise hätten nicht alle 140 höheren Beamten entlassen werden müssen. Die „Geldsparrnis“ beschränkt sich in der Tat nur auf 68 Personen, die in den einflussreichen Ruhestand versetzt worden sind und 23 Referenten wechseln in ein anderes Amt und verwechseln dadurch nur den Schreibtisch. Lesen wir aber die Namen der Geliebten und Entlassenen, so entleidet sich der Sparsinn der Herren Bracht und Papen so vollständig, daß nicht einmal ein Zwiesel übrig bleibt. Naht und laßt, bemastert und enthüllt sich der Sinn dieser Verordnung und Entlassungen als die Politik der Kache des Parteiuch und des Klassenkampfes.

Entlassen werden fast ausschließlich Angehörige der republikanischen Parteien, des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Demofratie. Entlassen sind eine ganze Zahl jener höheren Beamten, die zwar nicht das Prädikat des Akademikers tragen, aber durch ihre außergewöhnliche Loyalität von der Weimarer Volksregierung in ihr Amt eingesetzt wurden. Wir kehren zurück in das unheilige Zeitalter des Korpsstudenten, der Kadettenanstalt und der Bürger zweiten und dritten Ranges. Der Dreiklassenstaat besteht wieder wie zu Wilhelm's Zeiten und „keine Ersparnis“ vermag den unermesslichen Schaden gutzumachen, der von den preußischen Kommissaren durch diese neue Verordnung und durch diese neu entworfenen Klassenkämpfe von oben auch in der Verwaltungspraxis und im Beamtenkörper angerichtet wird. Die Studentenschaft, das Mitgliederbuch eines feudalen Korps und das Abiturientenzeugnis sollen wieder der Maßstab sein und der Befähigungsnachweis für ein höheres Amt und wenn nicht die bisherige Kommissarmethode in der Politik den Sinn der neuen Herren und der Kommissare genügend gekennzeichnet hätte, diese harmlose „Sparverordnung“ läßt den letzten Schleier.

„Fort von der Parteiwirtschaft“, „fort mit dem Parteiuch“ ist ein in den Mundfunkreden des Herrn v. Papen immer wiederkehrendes Schlagwort. Die neuesten Entlassungen zeigen wiederum, daß sich auch hinter dieser Phrase der „autoritären und gottgewollten Staatsführung“ nichts verbirgt als traffer Parteiuchismus und

das Parteiuch. Es darf keine schwarz-rot-goldene Farbe tragen, es muß schwarz-weiß-rot sein, und es öffnen sich die Türen und Tore aller Kämter. Potsdam kommt herein, Weimar flieht hinaus, das ist der ganze Sinn des Sparens und der „Mehr von dem Parteiuchstem.“ Wie wäre es sonst möglich, daß heute beispielsweise Männer wie Richard Wolft oder Kestenberg vom Preussischen Kultusministerium auf die Straße gesetzt werden. Die besten bürgerlichen Fachleute rühmen seit Jahr und Tag ihre Verdienste und die besten Musikkritiker eines Kestenberg rufen sich die Haare, daß ein solcher Mann der Reaktion zum Opfer gefallen ist, der für die deutsche Musik, für das deutsche Lied, und für das deutsche Musikerleben des Volkes unvergängliche Verdienste erworben hat.

Wir sind die Letzten, die einem aufgeblähten Beamtenapparat das Wort reden und uns gegen Ersparnisse hemmen würden, wenn sie dem Volke und dem Steuerzahler zum besten gereichen. Die Vereinfachung der Verwaltung in ihrer Zentrale wie in einzelnen Gliedern ist bereits seit Jahr und Tag von der rechtmäßigen preussischen Regierung, gefördert und an vielen Orten begonnen worden, stets aber gegen den Widerstand gerade jener Parteien und Herren, die jetzt „sparen“ wollen, um die gesamte Verwaltung schwarz-weiß-rot anzustreichen, und mit den Angehörigen und Schwestern der bestehenden Klassen zu befehlen.

Die große Verwaltungs- und Sparreform war einstens das Ziel der Reiterung Braun-Severing-Hirshfelder.

„Es es aber sparen, wenn die republikanischen Beamten in voller Arbeitskraft auf die Straße gesetzt werden und Ruhegehalt abgeben müssen?“

„Es es sparen, wenn dann hinten herum neue schwarz-weiß-rote Beamte wie beim Rundfunk, mit noch höherem Gehalt bereitgestellt werden?“

„Es es Dienst am Volk, wenn die Angelegenheit dieser Entlassungen benutzt wurde, um das preussische Wohlfahrtsministerium aufzugeben?“

Allerdings für den Herrenklub, für die Großgärtner und die Schloßbarone, bedarf es keiner Beamten und keines Amtes, dessen Aufgabe es ist, den Arbeitern gesunde Wohnungen und Sportplätze den rachsüchtigen Kindern Erholungsheime, den Invaliden und Kranken Hospitäler und Heilung zu verschaffen. Die Herrenklüber holen sich die Wohlfahrt direkt bei Herrn v. Papen und seiner Regierung in Form von Milliarden Subventionen.

Die neue Staatsführung hat sich im Reich wie in Preußen die Macht und die Herrschaft aneignet mit der Begründung, „die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.“ Was bis jetzt zu sehen ist, und was auch die neuesten „Sparmaßnahmen“ wiederum bestätigen, ist, daß die Herren nur Unruhe und Unordnung stiften auf allen und jedem Gebiet, daß sie nur Trümmer übrig lassen und Scherben.

Eine neuartige Form der Warenkunde

wird den Hausfrauen unserer Stadt in den nächsten Tagen dadurch geboten, daß der Karlsruher Hausfrauenbund e. V. am Freitag, den 18. November 1932 im großen Saal der Eintracht, Karl-Friedrich-Straße, nachmittags 4 Uhr, eine Indanthren-Schau veranstaltet. Es werden dabei mehrere junge Damen des Hausfrauenvereins mit und nicht zu vergessen Frau Gela Strehl, Moderedakteurin vom „Sport im Bild“ aus Berlin. Sie hat, wie die Presse berichtet, im letzten Frühjahr und Sommer in einer Reihe von Großstädten Indanthren-Modenschauen mit sehr großem Erfolg concertiert. Außerdem werden Tümpel, die Tauschschule von Frau Wertens-Becker sowie musikalische Darbietungen der Polizeikapelle Karlsruhe geboten. Wir können daher den hiesigen Hausfrauen den Besuch dieser Veranstaltung nur empfehlen. Ganz besonders reizvoll wird die Vorführung des neuen farbigen Indanthren-Tonfilms sein, der bei seiner Uraufführung auf der Leipziger Herbstmesse großes Aufsehen erregte. Der Film zeigt ganz neue Möglichkeiten des Zusammenwirkens von Ton, Farbe und Bild und wird als eines der hervorragendsten Erzeugnisse der deutschen Filmmunst bezeichnet. Nicht nur der Eintritt ist frei, sondern es findet auch eine kostenlose Preisfrage für die Teilnehmerinnen statt, bei der nette brauchbare Indanthrenfarbige Erzeugnisse zu gewinnen sind, so daß man sich gleich persönlich von der Vorzüglichkeit Indanthrenfarbiger Waren überzeugen kann. Gäste sind willkommen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Wetterausichten für Dienstag, den 15. November 1932: Fortdauer des trockenen Hochdruckwetters.

Wasserstand des Rheins

Basel 31, Waldshut 235, Rheinweiler Minus 170, Rebl 260, Waxau 411, Mannheim 287, Caub 210.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Sozialdemokratische Bürgerauschuhfraktion
Mittwoch, 16. November, abends 8 Uhr, Sitzung im kleinen Rathausaal.

Die noch ausstehenden Sammellisten für Freiheitsopfermarken sind umgehend bei dem Gen. v. a. n. Kallertstr. 46, abzugeben.
Diejenigen Bezirke, deren Wahlauslagen noch nicht verrechnet sind, haben unbedingt im Laufe dieser Woche abzurechnen.
Die Bezirksleiter werden an die Ablieferung der Oktoberbeiträge erinnert.

Bezirk Klippurr
Eine Parteiversammlung findet am Mittwoch, den 16. November, 20 Uhr, im Kindergarten statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Parteisekretärs Gen. Trins über „Wahlbetrachtungen“. Zahlreicher Besuch ist notwendig. Eizene Front und Volksfreundler sind willkommen.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

N. B. 8
Dienstag, 15. November, außerordentlich wichtige Besprechung im Lokal. Erscheinen aller ist Pflicht.

Aus der Stadt Durlach

Streik bei Ritter A.G.
Die Belegschaft der Ritter A.G. ist am Samstag in den Streik getreten. Anlaß dazu bot eine ganz rigorose Reduzierung der Löhne, die Sonntag auf distanzlosem Wege vor sich ging. Heute vormittag wird eine Versammlung der Streikenden stattfinden, die zu dem Konflikt weitere Stellung nimmt.

Ausführungen
In einer hiesigen Wirtschaft entstand, wie der Polizeibericht meldet, in vergangener Nacht eine größere Schlägerei. Die Polizei schritt ein und nahm einige Beteiligten fest. Bei der Verbringung zur Wache und auf der Wache selbst wurden den Beamten heftiger Widerstand entgegengebracht. Fünf Personen wurden ins Gefängnis eingeliefert. Sie werden sich vor dem Schnellrichter zu verantworten haben.

Schweinemarkt in Durlach vom 12. November 1932. Der Markt war behaart mit: 137 Vorküscheln, 129 Ferkelschweinen. Verkauf wurden 63 bzw. 109. Preis der Paar 28-38 M, bzw. 12 bis 20 M.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe
Todesfälle und Beerdigungszeiten. 11. November: Adolf Burtz, Zimmermann, Ehemann, alt 38 Jahre (Ettlingen). — 12. November: Elisabeth Schindler, alt 72 Jahre (Ettlingen). — 13. November: Beerdigung am 14. November, 14.30 Uhr. Frieda Dreifuß, alt 67 Jahre, Witwe, von David Dreifuß, Kaufmann (Nonnenweier).

Veranstaltungen

Montag, 14. November:
Badisches Landesbühnen: Florian Geber, 20 Uhr.
Badische Schauspielerei: Melodie der Liebe, Beiprogramm. 17 und 20.30 Uhr.
Saria-Ballet: Was-Perli-Zonitum, Eintritt frei!
Kammer-Spielerei: Melodie der Liebe, Beiprogramm.
Ballet-Spielerei: Was-Perli-Zonitum, Eintritt frei.
Reichens-Spielerei: Die Herrin von Atlantis, Beiprogramm.
Schauburg: Annemarie, die Braut der Kompanie, Beiprogramm.
Badische Landesgewerbehalle: Winterportausstellung. 15-18 Uhr.
Forschheim: Ritzschweide im Volkshaus, Tanz.

Die in 4 Teilen
50 Pfg. die Seite
Vergleichsmessungen haben unter dieser Rubrik in der Regel keine Wirkung, oder werden gar
Reklamationspreis berechnet

Karlsruhe.
Beiertheim. Naturfreunde. Heute abend 8 Uhr Monatsversammlung im Lokal zum Rudard. Wir bitten um zahlreichen Besuch. 5784

Reisfleisch mit Gemüse. Zutaten: 375 gr Schweinsfleisch, 200 gr Reis, 500 gr rote Bohnen (Gelbbohnen), 1 kleiner Kopf Wirsing, 100 gr Margarine, etwas Zwiebel, 1/2 Liter Fleischbrühe aus zwei Maggi's Fleischbrühe, achtete Petersilie. Zubereitung: Das Fleisch wird in Würfel geschnitten, mit der feinschnittlichen Zwiebel in der heißgemachten Margarine gut angebraten, dann gibt man die feinschnittlichen Gelbbohnen und den kurz abgedünsteten, zerstückten Wirsingkopf an das Fleisch, gießt die bereitete Fleischbrühe darüber und schmort alles zusammen weich. Der Reis muß für sich in leicht gesalzenem Wasser gut und fertig aufquellen, er wird in eine Handform gebracht und auf eine passende heiße Schüssel geschüttet. In die Mitte legt man das Gemüsefleisch und bestreut es beim Auftragen mit gedachter Petersilie.

Abteilungsleiter: Georg Schöppner, Verantwortlich: Politik, Freiheit, Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Funktionen, Aus aller Welt, Die Welt der Frau, Letzte Nachrichten, E. Gröndelmann; Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Durlach, Aus Mittelbaden, Gerichtssetzung, Karlsruher Umgebung, Sozialistisches Jugendvolk, Deimat und Wandern, Sport und Spiel, Auskünfte: Josef Giesele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sammler wohnhaft in Karlsruhe.

Vonder Mode

Es ist nicht zutreffend, daß man Kunstseide und Baumwolle nur im Sommer tragen kann. Es ist aber auch durchaus nicht notwendig, daß flotte Nachmittags- oder Abendkleider für den Winter immer aus kostbaren, teuren Geweben geschneidert sein müssen. Es gibt so viele aparte Gewebe aus indanthrenfarbiger Baumwolle, Agfa-Travis und anderen Kunstseiden, Vistra usw., aus denen sich die herrlichsten Kleider machen lassen.

All diese indanthrenfarbigen Stoffe verbinden mit der Billigkeit den Vorzug der Farbeständigkeit, denn indanthrenfarbige Gewebe sind in aller Welt als unübertroffen waschecht, lichtecht, wetterecht bekannt. Aber achten Sie stets besonders auf die Indanthren-Marke.

- Die hiesigen Geschäfte zeigen in diesen Tagen in ihren Schaufenstern eine Fülle indanthrenfarbiger Artikel für jeden Geschmack.
- Indanthren-Waren führen u. a.:
- Dreyfuß & Siegel, Kaiserstraße
 - Otto Fischer, Kaiserstraße 130
 - Himmelheber & Vier, Kaiserstraße 171
 - Eugen Kentner A.-G., Kaiserstraße 84
 - Teppichhaus Kaufmann, Ritterstraße 5
 - Inhaber Willi Tawerner
 - Leipheimer & Mende, Kaiserstraße 169
 - Christ. Oertel, Kaiserstraße 191
 - Inhaber Heinrich Oertel
 - J. Schneyer, Komm.-Ges., Kaiserstr. 95 mit sämtlichen Filialen
 - Carl Schöpf, Kaiserstraße 139, Ecke Marktplatz
 - Leinen- und Wäschehaus August Schulz, Herrenstraße 24
 - Paul Schulz, Waldstraße 33, gegenüber dem Colosseum
 - Julius Strauß, Kaiserstraße 189
 - Hermann Tietz, Kaiserstraße 92



Indanthren

